



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom Reichstage und dem preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Memling und feinen Werken sowie vom Spizenklöppeln gehandelt. Daran reiht sich eine Darstellung der Rettungshäuser zu Ruysslede und Beernem.

Das anziehendste Kapitel ist das über die Meeresküste. An dieser hat der Verfasser umfassende Studien an einer Reihe von Meeresbewohnern gemacht. Er hat, wie kaum ein Naturforscher, das Leben der Polypen, Balanen, Entenmuscheln, der Seeanemomen, Seeesterne und Seeigel beobachtet, er macht uns aufmerksam auf die Erscheinungen des Strand- und Dünenlebens, schildert den Garneelenfang, den Haringfang, den Kabeljaufang, eine Dünenwohnung, das Leben und die Gebräuche der Fischer, das Leben verschiedener Arten Seewürmer, die Muscheln, die Austerzucht- und Bewahranstalten, die Hummer und Krabben, die Bildung, Veränderung und Gewächse der Dünen. Den Schluß macht ein Kapitel über den Nationalitäten- und Sprachenstreit, insbesondere die flämische Bewegung.

Vom Reichstage und dem preukischen Landtage.

Berlin, 25. Februar.

Mit wenig Geräusch und großer Nüchternheit, wie es der herrschenden gedrückten Stimmung entspricht, ist der neue Reichstag am 22. zusammengetreten. Auf den ersten Blick mag dem Beschauer die veränderte Physiognomie des Hauses nicht sonderlich auffallen. Diejenigen, welche das Auge zuerst sucht, die Koryphäen der Parteien, sind fast vollzählig wieder auf dem Platze; nur Miquél hat bedauerlicherweise für die gegenwärtige Legislaturperiode auf einen Reichstagsitz verzichtet. Auch der allverehrte Präsident des ersten deutschen und des norddeutschen Reichstages, Simson, ist, nachdem er in der letzten Legislaturperiode die Wiederwahl zum Präsidenten abgelehnt und sich in den Verhandlungen mit der Rolle des stummen Zuhörers begnügt hatte, nunmehr ganz zurückgetreten. Ueberblickt man aber die Gesamtgruppierung der Parteien, so tritt die Verschiedenheit von jener Versammlung, welche vor zwei Monaten zur Rüste ging, doch sehr merklich hervor. Ganz verschwunden ist die elsäß-lothringische Gruppe auf der äußersten Rechten. Die drei wiedergewählten Geistlichen Gerber, Simonis und Winterer haben ihren naturgemäßen Unterschlupf beim Centrum gefunden; die Autonomisten sitzen auf der linken Seite. Diese letztere gewährt dermalen ein gar buntscheckiges Bild.

Nationalliberale, Fortschrittspartei, Gruppe Löwe, süddeutsche Volkspartei, Elsäffer, Sozialdemokraten und Wilde, also nicht weniger als sieben Species. Dem gegenüber zeigen sich auf der Rechten, vom Centrum und seinem polnischen Annex abgesehen, nur zwei Fraktionen, die „Deutsche Reichspartei“ und die „Deutschen Conservativen“, und die letzteren scheinen sogar von der Möglichkeit zu träumen, die beiden Fraktionen zu einer einzigen conservativen Partei zu verschmelzen.

Man hat angesichts dieser Zusammensetzung dem neuen Reichstage kein langes Leben prophezeihen wollen. Die Thronrede ist anderer Meinung. Gerade mit Bezug auf die Zusammensetzung spricht sie die Hoffnung aus, „daß es auch in dieser Periode, wie in den beiden vorhergegangenen, gelingen wird, die wichtigen Aufgaben, welche dem Reichstag gestellt sind, im Einverständniß zwischen den verbündeten Regierungen und der Volksvertretung zum Wohl der Nation in Erledigung zu bringen.“ Als der zweite deutsche Reichstag gewählt war, wurde die Zuversicht zu einem ersprießlichen Fortgang der Reichsgesetzgebung hauptsächlich auf die Annahme begründet, daß die nationalliberale Partei im Vereine mit der Fortschrittspartei und der freiconservativen Reichspartei eine ziemlich sichere Majorität bilde. Diese Annahme hat sich gerade in den wichtigsten Fragen nicht bewährt; namentlich bei dem Militärgesetz und den Justizgesetzen trennte sich das Gros der Fortschrittspartei unter Absonderung der Gruppe Löwe von der reichsfreundlichen Coalition, und nur die Hülfe der Altconservativen sicherte die erforderliche Majorität. Nach dem jüngsten Gebahren der Fortschrittspartei ist nicht anzunehmen, daß sie in der neuen Legislaturperiode eine positivere und praktischere Politik befolgen werde; im Gegentheil! Nationalliberale, Gruppe Löwe und Reichspartei, welche zusammengenommen bisher nahezu über die Majorität verfügten, bleiben, in Folge der Schwächung der nationalliberalen Partei, jetzt weit hinter der früheren Gesamtstärke zurück. Die Thronrede kann also jene Hoffnung nur auf Grund der Annahme ausgesprochen haben, daß die erhebliche Verstärkung der bisherigen Altconservativen oder Conservativen schlechtweg diese Fraktion zu einer desto festeren Stütze der Regierungspolitik gemacht habe. Ueber die Berechtigung dieser Annahme ist ein abschließendes Urtheil im Augenblick noch nicht zu fällen. Wer die sogenannte deutschconservative Bewegung verfolgt hat, wird sich bescheidener Zweifel nicht ent schlagen können. Das Programm derselben gewährt nicht allein dem Partikularismus eine bedenkliche Latitüde, es macht auch Front gegen die herrschende Kirchenpolitik Preußens und des Reichs, indem es indirekt die Maigesetze für einen unberechtigten Eingriff in das innere kirchliche Gebiet erklärt. Deutlicher noch aber als das Programm reden ge-

wisse Namen der Partei. Viele von ihnen sind in jener Deklarantenliste der „Kreuzzeitung“ zu finden, welche dem Fürsten Bismarck für seine energische Selbstvertheidigung gegen niederträchtige Verleumdung in der stärksten Weise Hohn sprach; ja jener Herr v. Nathusius-Ludom selbst zählt zu ihnen, unter dessen verantwortlicher Leitung das feudale Blatt die berüchtigten „Alexa“-Artikel veröffentlichte. Nach den Aeußerungen der „Provinzialcorrespondenz“ zu schließen, muß man freilich annehmen, es habe der Reichskanzler den Schleier der Vergessenheit über die ganze Affaire gedeckt, und zahlreiche Anzeichen bekunden, daß man auch auf altconservativer Seite frühere Beziehungen gern wieder anknüpfen möchte. Aber ob diese gegenseitige Sehnsucht genügt, einen festen Boden für eine wahrhafte Reichspolitik zu schaffen, ob nicht die harte Realität der bisherigen Hindernisse sich auch ferner in den Weg stellt, bleibt abzuwarten. Mit auffallender Gebliffentlichkeit sucht man den Namen v. Kleist-Regow zu umgehen oder wenigstens in den Hintergrund zu drängen. Herr v. Kleist-Regow gehört mit zu den Ersten, welche im vorigen Sommer den Gründern der deutschconservativen Partei beitraten; man wird ihn also aus der entsprechenden parlamentarischen Fraktion nicht ausschließen können. Ist er aber Mitglied derselben, so weiß man auch, daß er eine führende Rolle spielen wird; an energischer und schlagfertiger Beredsamkeit ist er seinen sämtlichen Parteigenossen bei weitem überlegen. Ob aber grade unter seinem Einflusse die conservative Fraktion der Regierung gegenüber die erhoffte „Zuverlässigkeit“ beweisen würde? Bisher wenigstens haben die Offiziösen, die doch sonst bekanntlich vor keiner Behauptung zurückschrecken, Herrn v. Kleist nicht nachgesagt, daß er aus einem reichsfeindlichen Saulus ein reichsfreundlicher Paulus geworden. Aber wollte man auch alles Persönliche und Thatsächliche aus der Vergangenheit vergessen sein lassen; was bei Beurtheilung der Conservativen jedenfalls in Rechnung gezogen sein will, ist die Einmischung der partikularistischen Elemente. Schon bisher wurde der deutschen Reichspartei durch die ihr angehörigen Sachsen und Württemberger ein eigenthümliches Gepräge verliehen. Es ist kein Geheimniß, daß, sobald es sich einmal um eine Ausdehnung der Reichskompetenz handelte, gleichviel, ob deren Nützlichkeit noch so einleuchtend wäre, dieselben im diametralen Gegensatz zu ihren preußischen Fraktionsgenossen stehen würden. Durch die Neuwahlen ist dieser partikularistische Bestandtheil der Reichspartei durch frischen Zuzug aus Württemberg verstärkt. Weit bedenklicher aber noch steht es in diesem Punkte um die deutschconservative Partei. Hier ist mit wenigen Ausnahmen Alles als partikularistisch zu bezeichnen, die Preußen wie die Nichtpreußen. Daß namentlich die Sachsen, welche der Fraktion unter der Führung des bisher reichsparteilich gewesenen Hofrath Uckermann beigetreten sind, zu der Richtung der grünweißen Ultras gehören, kann

angefichts der Persönlichkeiten, welche dort die deutschconservative Propaganda geleitet haben, keinem Zweifel unterliegen.

Nach alledem wird man gut thun, sich die Befriedigung über die gegenwärtige Gestaltung der rechten Seite des Reichstages zum mindesten noch vorzubehalten. Wir werden die Bildung einer conservativen Partei im Deutschen Reiche unter allen Umständen als Zeichen einer gesunden politischen Entwicklung begrüßen; aber Voraussetzung ist, daß sie conservativ sei im Sinne des Reichs. Eine Partei, die ganz überwiegend aus Männern zusammengesetzt ist, welche die Gründung des Reichs theils direkt bekämpft, theils wenigstens mit sehr unfreundlichen Augen angesehen haben, kommt nothwendig in den Verdacht, daß sie nicht conservative, sondern reaktionäre Tendenzen verfolge. Ob die deutschconservative Partei des Reichstages sich von diesem Verdachte reinigen wird, muß die Zukunft lehren. Thut sie es, um so besser!

Die bisherige Arbeit des Reichstages hat lediglich in seiner Constituirung bestanden, welche, da das traditionelle Uebel der Beschlusunfähigkeit zu Beginn der Sesssionen diesmal vermieden ward, ungewöhnlich rasch von Statten ging. Wenn übrigens die Präsidentswahl als Besiegelung des Zusammengehens der Nationalliberalen mit den conservativen Fraktionen dargestellt worden ist, so heißt das die Bedeutung derselben übertreiben. In der vorigen Legislaturperiode waren der Präsidents- und der erste Vicepräsidentenposten mit Nationalliberalen, der zweite Vicepräsidentenposten mit einem Fortschrittler besetzt; nur in der letzten Sesssion zwangen bekannte ausnahmsweise Verhältnisse, auch den zweiten Vicepräsidenten aus der nationalliberalen Partei zu nehmen. Da nach den Neuwahlen unter den reichsfreundlichen Parteien nicht mehr die Fortschrittspartei, sondern die deutsche Reichspartei der Zahl nach die zweite Stelle einnimmt, so hatte selbstverständlich diese auch das größere Anrecht auf Vertretung im Präsidium. Die Frage konnte nur sein, ob ihr, da sie als Repräsentantin der beiden conservativen Fraktionen auftrat, und andrerseits die nationalliberale Partei nicht mehr die frühere Stärke besitzt, nicht vielmehr die erste Vicepräsidentenstelle gebühre. Von conservativer Seite selbst aber wurde der Gedanke angeregt, den Freiherrn v. Stauffenberg in Anerkennung seiner bewährten Geschäftsführung und seiner hervorragenden Stellung unter den reichstreuen süddeutschen Abgeordneten in der ersten Vicepräsidentenstelle zu belassen. So ist also das frühere Verhältniß wieder hergestellt, nur daß an die Stelle des fortschrittlichen zweiten Vicepräsidenten ein Mitglied der deutschen Reichspartei, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, getreten ist. Die Frage, ob man die Fortschrittspartei ihr unerhörtes Verhalten in der Wahlbewegung durch Uebergehung bei der Präsidentswahl entgelten lassen solle, hat an die Nationalliberalen gar nicht herantreten können.

Im Abgeordnetenhanse ist in der Mitternachtsstunde vom Sonnabend zum Sonntag die zweite Berathung des Stats endlich zum Abschluß gebracht. Von „Berathung des Stats“ kann hier freilich kaum noch gesprochen werden; die ganze Woche wurde in Anspruch genommen durch ein endloses Quereliren der Ultramontanen, wozu der Kultusetat lediglich als Vorwand diente. — Die Angriffsweise dieser Herren kennt nachgerade keine Schranken mehr. Herr Windthorst benutzte das gerichtliche Einschreiten gegen einen Geistlichen wegen Absolutionsverweigerung, um einen stellvertretenden Landrath indirekt als „ruchlosen Gesellen“ zu bezeichnen, und der Pfarrer Dauzenberg rief grade heraus: „Die Behörden haben alle Scham verloren.“ Die wirklichen sachlichen und nützlichen Momente der Statsdebatte wurden auf diese Weise ganz bei Seite gedrängt. Indes sind doch einige wichtige Beschlüsse durchgesetzt worden; so namentlich die Forderung gesetzlicher Regelung der Alterszulagen und des Pensionswesens der Elementarlehrer. — Definitiv angenommen wurde der Gesetzentwurf wegen Theilung der Provinz Preußen, außerdem eine Anleihe für Wasser- und Eisenbahnbauzwecke bewilligt. Durch eine Interpellation eines Abgeordneten polnischer Nationalität wurde eine überaus unerquickliche Zeugnißzwangsaffaire ans Licht gezogen, die im Reichstage ohne Zweifel aufs neue zur Sprache gebracht werden wird.

Das Herrenhaus hat eine Vorlage betreffend die Unterbringung verwahrloster Kinder in Erziehungs- und Besserungshäusern unter Hinzufügung mehrerer erheblicher Verbesserungen durchberathen. Leider scheint es, als ob die Regierung den Gesetzentwurf an der vom Herrenhause beschlossenen Heranziehung des Staates zur Theilnahme an der Aufbringung der Kosten scheitern lassen wollte.

Z. e.

Die Versteigerung der Kupferstichsammlung Liphart.

Zu den werthvollsten Kupferstich-Sammlungen, welche in den letzten Jahrzehnten in Leipzig, dem größten Kupferstichmarke der Welt, zur Versteigerung gekommen sind, gehört diejenige des Herrn K. E. v. Liphart in Florenz, eines bekannten, sehr feinen Kunstkenners und eifrigen Sammlers. Derselbe legte den Grund dieser Sammlung im Jahre 1836 in Leipziger Kunstauktionen und vermehrte und verbesserte sie dann während seines längeren Aufenthaltes in Bonn, Berlin, Paris, in den Niederlanden, in Rußland und Italien. Da